

Stellungnahme: „Entwurf eines Gesetzes zur Strafbewehrung der Leugnung des Existenzrechts des Staates Israel“ ist einseitig und historisch problematisch

Am 8. Mai wurde dem Bundesrat ein [Gesetzesentwurf](#) vorgelegt, der die Leugnung des Existenzrechts Israels und Aufrufe zu dessen Beseitigung unter Strafe stellen soll. Künftig soll mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe oder Geldstrafe bestraft werden, wer in einer Weise, die geeignet ist, die Bereitschaft zu antisemitischen Gewalt- oder Willkürmaßnahmen zu fördern, öffentlich oder in einer Versammlung das Existenzrecht des Staates Israel leugnet oder zur Beseitigung des Staates Israel aufruft.

Rechtswissenschaftler:innen haben bereits [erklärt](#), dass sie den Entwurf für verfassungswidrig halten, weil er sich gegen eine bestimmte Meinung richte und damit unzulässig in die grundrechtlich geschützte Meinungsfreiheit eingreife; bei der Frage nach einem Existenzrecht Israels handele es sich nicht um eine Tatsache, sondern um eine Meinung. Die einzige vom Bundesverfassungsgericht zugelassene Ausnahme — das Verbot der Verherrlichung, Billigung oder Rechtfertigung der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft — sei hier nicht einschlägig. Zudem kenne das Völkerrecht kein abstraktes „Existenzrecht“ von Staaten als eigenständigen Rechtsbegriff. Auch sei der Entwurf einseitig, denn im Gegensatz zum israelischen Existenzrecht bleibe das völkerrechtlich anerkannte Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes unerwähnt.

Die Staatsgründung Israels wird im Gesetzesentwurf weitgehend als Konsequenz aus dem Holocaust dargestellt. Zwar war die Shoah zweifellos ein zentraler Faktor für die internationale Unterstützung der Gründung eines jüdischen Staates nach 1945. Diese Unterstützung entstand jedoch nicht allein aus einer moralischen Reaktion auf die Shoah, sondern auch aus der begrenzten Bereitschaft westlicher Staaten, große Zahlen jüdischer Überlebender dauerhaft aufzunehmen. Die historischen Grundlagen für die Staatsgründung reichen zudem deutlich weiter zurück. Bereits seit dem späten 19. Jahrhundert existierten zionistische Bewegungen und Debatten über einen jüdischen Staat in Palästina. Theodor Herzl, der Begründer des politischen Zionismus, beschrieb bereits 1896 in seinem Buch "Der Judenstaat" die jüdische Ansiedlung in Palästina im Vokabular der europäischen Kolonisationsbewegungen seiner Zeit und sprach ausdrücklich von „Kolonisierungsversuchen“. 1897 formulierte der erste zionistische Kongress in Basel das Ziel, eine „öffentlich-rechtlich gesicherte Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ zu schaffen.

Dieses Ziel der Errichtung einer „nationalen Heimstätte“ für das jüdische Volk wurde 1917 in der Balfour Declaration von Großbritannien ausdrücklich unterstützt. Nach dem Ersten Weltkrieg verankerte Großbritannien dieses Ziel im britischen Mandat für Palästina, an dessen Ausgestaltung die arabisch-palästinensische Bevölkerung nicht beteiligt war. 1937 empfahl mit der Peel Commission erstmals eine von der Mandatsmacht eingesetzte Untersuchungskommission offiziell die Teilung des

Mandatsgebiets in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Die historischen und politischen Grundlagen für die Gründung Israels wurden somit bereits lange vor dem Holocaust gelegt und können nicht ausschließlich als dessen Folge verstanden werden.

Auch darüber hinaus nimmt der Entwurf eine einseitige und historisch problematisch verkürzte Perspektive ein, die die palästinensische Erfahrung vollständig ausblendet. Die palästinensische Nakba (arabisch für „Katastrophe“) bezeichnet die Vertreibung und Flucht von über 700.000 Palästinenser:innen und damit mehr als die Hälfte der palästinensischen Bevölkerung des Mandatsgebiets Palästina in der späten Mandatszeit und während der Staatsgründung Israels 1948 sowie die ihnen bis heute verwehrt Rückkehr in ihre Häuser und Heimat. Bereits die UN-Resolution 194 von 1948 hielt fest, dass palästinensischen Flüchtlingen die Rückkehr ermöglicht und Entschädigung für verlorenes Eigentum geleistet werden solle. Die mit der Staatsgründung unmittelbar verbundene palästinensische Erfahrung von Vertreibung, Vernichtung, Enteignung und jahrzehntelanger Staatenlosigkeit bleibt im Gesetzentwurf ausgeblendet.

Über diese politischen und historischen Verkürzungen hinaus stellt sich zudem die Frage, welcher Staat Israel hier überhaupt gemeint ist. Geht es um Israel innerhalb der Waffenstillstandslinien von 1949, der sogenannten Grünen Linie? Diese Linie gilt völkerrechtlich zwar nicht als endgültige Staatsgrenze. Die Vereinten Nationen sowie der Internationale Gerichtshof behandeln sie jedoch als maßgebliche Referenzlinie zwischen dem Staat Israel und den seit 1967 besetzten Gebieten. Dies wird unter anderem durch die UN-Sicherheitsratsresolutionen 446 und 2334 bekräftigt. Die israelische Regierung legte die endgültigen Staatsgrenzen nie verbindlich fest und verunmöglichte durch Siedlungsbau eine Teilung entlang der Grünen Linie. Diese Entwicklung wurde durch das israelische Nationalstaatsgesetz von 2018 zusätzlich institutionell verankert, das das „vollständige und vereinte“ Jerusalem zur Hauptstadt Israels erklärt und die Förderung jüdischer Siedlungen ausdrücklich zu einem „nationalen Wert“ erhebt. Oder ist ein Staat Israel gemeint, der auch die seit 1967 besetzten Gebiete umfasst – also Ostjerusalem, das Westjordanland, den Gazastreifen und die Golanhöhen?

Durch die fehlende Präzisierung, auf welche territorialen Grenzen des Staates Israel sich der Entwurf bezieht, droht die zentrale Unterscheidung zwischen dem völkerrechtlich anerkannten Staatsgebiet Israels und den seit 1967 besetzten Gebieten verwischt zu werden. Dadurch könnte der Eindruck entstehen, dass auch die besetzten Gebiete implizit als Teil des israelischen Staatsgebiets behandelt werden. Ein solches Gesetz könnte damit politische und rechtliche Rückendeckung für weitere Annexionen und völkerrechtswidrige Landnahmen bieten sowie die fortdauernde illegale Besatzung der palästinensischen Gebiete politisch legitimieren. Zudem besteht die Gefahr, dass selbst völkerrechtlich geschützte politische Forderungen — etwa nach einem Rückkehrrecht für Palästina-Flüchtlinge und ihre Nachkommen — als Infragestellung des Existenzrechts Israels interpretiert und dadurch kriminalisiert werden. Würde das

Gesetz in dieser Form verabschiedet, so würde dies den Eindruck verstärken, dass die Bundesregierung das Völkerrecht und die einschlägigen Resolutionen der Vereinten Nationen nicht mehr als maßgebliche Bezugspunkte ihrer Nahostpolitik anerkennt.

Der Gesetzesvorstoß folgt einer Reihe repressiver Maßnahmen gegen Personen und Gruppen, die Solidarität mit Palästina zeigen und die israelische Politik gegenüber der palästinensischen Bevölkerung kritisieren. Die weitreichende historische und politische Verkürzung, die der Entwurf vornimmt, kann dazu dienen, bestimmte Positionen im Nahostkonflikt zu delegitimieren. Er schreibt damit eine zuletzt deutlich beschleunigte Verengung der Auseinandersetzung mit der historischen Verantwortung Deutschlands und dem Verhältnis zu Israel fort. Der ursprüngliche Gedanke, dass aus dem Holocaust sowohl eine partikulare Verantwortung gegenüber Jüdinnen und Juden als auch eine universelle Verpflichtung zum Schutz der Menschenrechte erwächst, ist zunehmend auf eine besondere Verantwortung gegenüber dem Staat Israel reduziert worden. Es ist daher geboten, sich auf die Menschenwürde als obersten normativen Maßstab zurückzubesinnen. Artikel 1 des Grundgesetzes, wonach die Würde des Menschen unantastbar ist, bringt die universelle Lehre des Holocausts zum Ausdruck. Diese verpflichtet dazu, die Würde aller Menschen zu achten – selbstverständlich auch die der Palästinenser:innen.

Demokratische Gesetzgebung sollte auf überprüfbaren historischen und rechtlichen Grundlagen beruhen, nicht auf ideologischen Verkürzungen. Als Wissenschaftler:innen, die zu Westasien und Nordafrika – dem Nahen Osten – sowie zum Holocaust und Antisemitismus forschen und lehren, rufen wir deshalb dazu auf, den vorgelegten Gesetzentwurf nicht weiter zu verfolgen.

In diesem Sinne,

Statement on the Draft Law Criminalizing the Denial of the State of Israel's Right to Exist

On May 8, a draft law was submitted to the Bundesrat, the upper house of the German parliament representing the federal states, proposing to criminalize the denial of Israel's right to exist and calls for its abolition. Going forward, anyone denying the State of Israel's right to exist or calls for its abolition, publicly or at an assembly, in a manner capable of encouraging "antisemitic violence" or "arbitrary acts" shall be punishable by up to five years imprisonment or a fine.

Legal scholars have already argued that they consider the draft unconstitutional as it targets a specific opinion and therefore constitutes an impermissible infringement on the constitutionally protected freedom of expression; the question of Israel's right to exist, they argue, is not a matter of fact but of opinion. The only exception recognized by the German Federal Constitutional Court—namely the prohibition on glorifying,

approving of, or justifying the National Socialist regime of violence and arbitrary rule—is, they contend, not applicable in this case. Moreover, international law does not recognize an abstract “right to exist” of states as an independent legal concept. The draft also adopts a one-sided perspective; in contrast to Israel’s right to exist, it fails to mention the internationally recognized right of the Palestinian people to self-determination.

The establishment of the State of Israel is presented in the draft law largely as a consequence of the Holocaust. While the Shoah was undoubtedly a central factor in international support for the establishment of a Jewish state after 1945, this support did not arise solely from a moral response to the Shoah, but also from the limited willingness of Western states to permanently take in large numbers of Jewish survivors. Moreover, the historical foundations of Israel’s establishment reach back much further. Zionist movements and debates concerning a Jewish state in Palestine had already existed since the late nineteenth century. In his book *Der Judenstaat* (1896), Theodor Herzl, the founder of political Zionism, described Jewish settlement in Palestine using the vocabulary of the European colonization movements of his time and explicitly spoke of “colonization attempts.” In 1897, the First Zionist Congress in Basel formulated the goal of creating a “publicly and legally secured homeland for the Jewish people in Palestine.”

This objective of establishing a “national home” for the Jewish people was explicitly supported by Great Britain in the 1917 Balfour Declaration. After the First World War, Great Britain incorporated this objective into the British Mandate for Palestine, which was developed without the involvement of the Arab-Palestinian population. In 1937, the Peel Commission, an investigative commission established by the mandatory power, officially recommended the partition of the mandate territory into a Jewish and an Arab state for the first time. The historical and political foundations for the establishment of Israel were therefore laid long before the Holocaust and cannot be understood exclusively as its consequence.

In addition, the draft adopts a partial and historically reductive perspective that completely erases the Palestinian experience. The Palestinian Nakba—Arabic for “catastrophe”—refers to the expulsion and flight of more than 700,000 Palestinians—more than half of the Palestinian population of Mandatory Palestine—during the late Mandate period and the founding of the State of Israel in 1948, as well as to the continued denial of their right to return to their homes and homeland. UN Resolution 194 of 1948 already stipulated that Palestinian refugees should be allowed to return and compensated for lost property. The Palestinian experience of displacement, destruction, dispossession, and decades of statelessness—direct results of the founding of the State of Israel—remains absent from the draft law.

Beyond these political and historical reductions, the question also arises as to which State of Israel the draft law refers to. Does it refer to Israel within the 1949 Armistice

lines, the so-called Green Line? Although this line is not considered a final state border under international law, the United Nations and the International Court of Justice treat it as the relevant point of reference between the State of Israel and the territories occupied since 1967. This is reaffirmed by UN Security Council Resolutions 446 and 2334, among others. The Israeli government has never defined the state's final borders and, through the construction of settlements, has rendered partition along the Green Line impossible. This development was further institutionally entrenched by Israel's 2018 Nation-State Law, which declares a "complete and united" Jerusalem to be the capital of Israel and explicitly elevates the promotion of Jewish settlement to a "national value." Or does the draft refer to a State of Israel that also includes the territories occupied since 1967—namely East Jerusalem, the West Bank, the Gaza Strip, and the Golan Heights?

By failing to specify the territorial boundaries of the State of Israel to which the draft refers, the proposal risks blurring the crucial distinction between Israel's internationally recognized territory and the territories occupied since 1967. This could create the impression that the occupied territories are implicitly being treated as part of Israeli state territory. Such legislation could thereby provide political and legal backing for further annexations and violations of international law involving the seizure of land, while politically legitimizing the continued illegal occupation of the Palestinian territories. Moreover, there is a danger that even political demands protected under international law—such as the right of return for Palestine refugees and their descendants—could be interpreted as questioning Israel's right to exist and thereby criminalized. Were the law to be adopted in this form, it would reinforce the impression that the German federal government no longer recognizes international law and relevant United Nations resolutions as authoritative reference points for its Middle East policy.

The proposed legislation follows a series of repressive measures directed against individuals and groups expressing solidarity with Palestinians and criticizing Israeli policy toward the Palestinian people. In doing so, the draft law advances far-reaching historical and political reductionism aimed at delegitimizing certain positions within the Middle East conflict. It thereby reinforces a trend toward narrowing the scope of debate on Germany's historical responsibility and its relationship to Israel. The original idea that the Holocaust gave rise both to a particular responsibility toward Jews and to a universal obligation to protect human rights has increasingly been reduced to a special responsibility toward the State of Israel. It is therefore necessary to return to human dignity as the highest normative principle. Article 1 of Germany's Basic Law, which states that human dignity is inviolable, embodies the universal lesson of the Holocaust. This lesson obliges respect for the dignity of all human beings—including, of course, that of Palestinians.

Democratic legislation should be grounded in verifiable historical and legal foundations, not in ideological reductionism. As scholars researching and teaching about West Asia

and North Africa—the Middle East—as well as the Holocaust and antisemitism, we therefore call for the proposed draft law not to be pursued further.

Sincerely,

Signatories / Unterschreibende:

1. Dr. Sara Ababneh, Lecturer in International Relations, University of Sheffield
2. Dr. Noha Abou-Khatwa, Arab and Islamic Civilisations, American University in Cairo
3. Prof. em. Gilbert Achcar, Development Studies and International Relations, SOAS, University of London
4. Dr. Hilal Alkan, Leibniz-Zentrum Moderner Orient
5. Dr. Rebecca Alpert, Religion, Temple University
6. Prof. Dr. Kai Ambos, Universität Göttingen
7. Prof. Schirin Amir-Moazami, Islamwissenschaft, Freie Universität Berlin
8. PD Dr. Arne Andersen (ret.), Geschichte Palästina/Israel.
9. Dr. Deborah Armintor, English, University of North Texas
10. Prof. Dr. Aleida Assmann, Literatur- und Kulturwissenschaft, Universität Konstanz
11. Prof. em. Etienne Balibar, Philosophy, Université de Paris-Nanterre
12. Dr. André Bank, Institut für Nahost-Studien, German Institute for Global and Area Studies (GIGA)
13. Distinguished Professor Beth Baron, Middle East History, City University of New York, Director, Middle East and Middle Eastern American Center (MEMEAC)
14. Prof. Dr. Martin Beck, International Relations and Political Economy, University of Kurdistan Hewler
15. Prof. Dr. Teresa Koloma Beck, Soziologie, Helmut Schmidt Universität, Hamburg
16. Prof. Brenna Bhandar, Law, University of British Columbia
17. Prof. Dr. Alice von Bieberstein, Institut für Europäische Ethnologie, Humboldt-Universität zu Berlin
18. Prof. Dr. Thomas Bierschenk, Anthropologie, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
19. Prof. Christine Binzel, Economics: Economy and Society of the Middle East, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg
20. Prof. Sonja Brentjes, (ret.) formerly Max Planck Institute for the History of Science, Berlin
21. Prof. em. Dr. Sabine Broeck, University of Bremen
22. Dr. Sâqib Bâburî, Curator of World Cultures, University of Edinburgh
23. Prof. Dr. Ruairidh MacMhanainn Bóid (ret.), Vorderasien
24. Prof. em. Dr. Doris Bühler-Niederberger, Soziologie, Universität Wuppertal
25. Dr. Imane Chaara, Development economics, United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)
26. Prof. John Chalcraft, Politics, London School of Economics (LSE)
27. Prof. Dr Benoit Challand, Sociology, New School for Social Research
28. Prof. Philippe CINQUIN, Public Health Univ. Grenoble Alpes
29. Dr. Jennifer L Creech, German Studies / Germanistik und DAF, Oregon State University

30. Dr. Elyse Crystall, English & Comparative Literature, University of North Carolina-Chapel Hill
31. Dr Leyla Dakhli, History, CNRS, France / Centre Marc Bloch, Berlin
32. Prof. Sonia Dayan-Herzbrun, Political Sociology, Université Paris Cité
33. H. Chandler Davis Collegiate Professor Emeritus Alan Wald, English Literature and American Culture, University of Michigan
34. Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Donatella Della Porta, Social movements, democracy, repression, Faculty of Political and Social Sciences, Scuola Normale Superiore
35. Dr. Sultan Doughan, Anthropology, Goldsmiths
36. Prof. Dr. Ulrich Duchrow, Theologie, Universität Heidelberg und Kairos Europa
37. Dr. Zuzanna Dziuban, Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin
38. Prof. Ivar Ekeland Président of Association des universitaires pour le respect du droit international en Palestine (AURDIP), former Président of Paris Dauphine University
39. Dr. Dörthe Engelcke, Komm. Leiterin des Kompetenzzentrums für das Recht arabischer und islamischer Länder, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
40. Prof. Merrill English, Western Illinois University
41. Prof. Mohammad Fadel, Law, University of Toronto, Faculty of Law
42. Prof. Marjorie Feld, US Jewish history, Babson College
43. Prof. Dr. Albrecht Fuess, Islamwissenschaftler, Marburg
44. Dr. Clive Gabay, Antisemitism, Zionism, International Politics, Queen Mary University of London
45. Prof. Terri Ginsberg, Cinema Studies, Rutgers University
46. Prof. Amos Goldberg, The Jonah M. Machover Chair in Holocaust Studies, The Hebrew University of Jerusalem
47. Dr. Ori Goldberg, Iranian Studies, Comparative Theology, Independent
48. Prof. Neve Gordon, professor of international human rights and humanitarian law, School of Law, Queen Mary University of London
49. Dr. Till Grallert, Institut für Geschichtswissenschaft, Humboldt-Universität zu Berlin
50. Dr. Maria Grewe, Department of English, John Jay College of Criminal Justice-CUNY
51. Prof. Dr. Kai Hafez, Seminar für Medien- und Kommunikationswissenschaft, Universität Erfurt
52. Dr. Bink Hallum, Arabic Scientific Manuscripts Curator, British Library
53. Prof. Tahrir Hamdi, Decolonial Studies, Arab Open University/Jordan
54. Prof. Nelly Hanna, History, American University in Cairo
55. Dr. Thomas Hildebrandt, Islamwissenschaftler, Berliner Institut für Islamische Theologie, Humboldt-Universität zu Berlin
56. Prof. Dr. Sophia Hoffmann, Internationale Politik und Konfliktforschung, Universität Erfurt
57. Dr. Uri Horesh, School of Modern Languages, University of St Andrews
58. Dr. Annabelle Houdret, German Institute of Development and Sustainability (IDOS)
59. Prof. Dr. Ulrich Hübner, Old Testament Studies and Syro-Palestinian Archaeology, Christian-Albrecht-Universität zu Kiel
60. Dr. Adnan Husain, Department of History, Queen's University

61. Dr. Halley Jean, Sociology, Graduate Center and the College of Staten Island of the City University of New York
62. Dr. Eli Jany, Yiddish, Independent
63. Prof. em. Annette Jünemann, Internationale Politik/ Europäische Mittelmeer- und Nahostpolitik, Helmut-Schmidt-Universität, Universität der Bundeswehr in Hamburg
64. Prof. Andreas Kaplony, Arabistik und Islamwissenschaft, Ludwig-Maximilians-Universität München
65. Dr. Aurelia Kalisky, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centre Marc Bloch
66. Dr. Mehdi Khamassi, Cognitive Science, Centre National de la Recherche Scientifique and Sorbonne University, France
67. Prof. em. Rashid Khalidi, Middle Eastern History, History Department, Columbia University
68. Dr. Hanna Pfeifer, Konfliktforschung/Nahoststudien, Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg
69. Prof. Dr. Eberhard Kienle, Political Science / Politikwissenschaft, Sciences Po Paris
70. Prof. Hanna Kienzler, Department of Global Health and Social Medicine, King's College London
71. Prof. Dr. em. Jens Høyrup, Wissenschaftsgeschichte, Roskilde Universität, Dänemark
72. Miss Vasiliki Karali, Middle Eastern Studies, SOAS
73. Anat Kraslavsky, Theologische Fakultät, Humboldt-Universität zu Berlin
74. Dr. Wolfram Lacher, Senior Associate, Africa and Middle East division, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
75. Prof. Elad Lapidot, Hebraic Studies at the University of Lille
76. Prof. Dr. Manfred Liebel, Soziologie, Fachhochschule Potsdam
77. Prof. Mark LeVine, Prof of History of Israel/Palestine/Zionism and Middle East histories, UC Irvine
78. Prof. Dr. Markus Loewe, Head of Research Department, German Institute of Development and Sustainability (IDOS)
79. Prof. Dr. Jürgen Mackert, Soziologie, Universität Potsdam
80. Prof. Charles H. Manekin, Philosophy, University of Maryland
81. Prof. Maya Mikdashi, Director, Center for Middle Eastern Studies, Rutgers University
82. PD Dr. Stephan Milich, Islamwissenschaft, Universität zu Köln
83. Prof. Jamal Mimouni, Head, Graduate Studies in Astrophysics, Physics Department. University of Constantine1 & CERIST, Constantine, Algeria
84. Prof. Amira Mittermaier, Study of Religion/Anthropology, University of Toronto
85. Prof. Dirk Moses, Anne & Bernard Spitzer Chair in International Relations, City College of New York (CUNY)
86. Dr. Imad Mustafa, Politikwissenschaft
87. Prof. em. Martha Mundy, Anthropology, London School of Economics
88. Dr. Ron Naiweld, Études Juives, CNRS-EHESS
89. Lic. Theol. Ulrich Nitschke, Theology / Social Science, Partnerschaftsverein Bonn-Ramallah e.V.
90. Prof. Atalia Omer, Religion, Conflict, and Peace Studies, The University of Notre Dame

91. Prof. Dr. Dr. Mathieu Ossenrijver, Professur für Wissenschaftsgeschichte des Alten Orients, Freie Universität Berlin
92. Prof. Mo Pareles, Department of English Language and Literatures, University of British Columbia
93. Dr. José Segebre, Ästhetik & intersektionale Kritik, NYU Berlin
94. Dr. Salam Said, Political Economy, Independent Scholar
95. Dr. Ilyas Saliba, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationale Politik und Konfliktforschung, Universität Erfurt
96. Dr. Marinos Sariyannis, Department of Ottoman History, Institute for Mediterranean Studies/FORTH, Greece
97. Prof. em. Cathy Lisa Schneider, International Politics, Economics and Governance, American University, School of International Service
98. Prof. Juliane Schicker, Associate Professor of German, Chair of German and Russian, Carleton College
99. Dr. Samuli Schielke, Anthropology, Leibniz-Zentrum Moderner Orient, Berlin
100. Prof. Dr. Oliver Schlumberger, Politik des Vorderen Orients, Universität Tübingen
101. Prof. em. Dr. Fred Scholz, Geographische Entwicklungsforschung, Freie Universität Berlin
102. Dr. Natalie Scholz, Senior lecturer of modern and contemporary history, University of Amsterdam
103. Dr. Regine Schwab, Programmbereich Innerstaatliche Konflikte, Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung
104. Dr. Benjamin Schütze, Politik der arabischen Welt, Arnold-Bergstraesser-Institut (ABI)
105. Prof. Daniel Segal, Anthropology and History, Pitzer College, The Claremont Colleges
106. Prof. Raz Segal, Associate Professor of Holocaust and Genocide Studies and Endowed Professor in the Study of Modern Genocide, Stockton University
107. Assoc. Prof. Seikaly Sherene, Director, Center for Middle East Studies, University of California, Santa Barbara (UCSB)
108. Prof. Nathan Sidoli, History and Philosophy of Science, Waseda University
109. Prof. Dr. Marc Siegel, Filmwissenschaft, Institut für Theater-, Film-, Medien-, und Kulturwissenschaft, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
110. Dr. Prof. Victor Silverman, History, Pomona College
111. Prof. em. Martin Shaw, International Relations and Politics, University of Sussex, recipient of Lifetime Achievement Award, International Network of Genocide Scholars
112. Prof. Michael Rothberg, English, Comparative Literature, and Holocaust Studies, UCLA
113. Dr. Asst. Prof. Alice Rothchild (ret.), obstetrics and gynecology, human rights, Harvard University
114. Prof. Yakov Rabkin, Contemporary history of the Jews, Zionism and Israel, Université de Montréal
115. Prof. Lutz Richter-Bernburg, (ret.), Islamwissenschaft, Universität Tübingen
116. Dr. Nils Riecken, Institut für Arabistik und Islamwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum
117. Prof. Dr. Ann Rigney, Comparative Literature, Utrecht University

118. Prof. Mònica, Rius-Piniés Gender and Postcolonial Studies, Universitat de Barcelona
119. Prof. Adam Rzepka, English, Montclair State University
120. Prof. em. Dr. Wolfgang Streeck, Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung
121. Dr. Nimer Sultany, Reader in Public Law, SOAS University of London
122. Prof. Abdel Razzaq Takriti, Arab-American Educational Foundation Chair in Arab Studies, Department of History, Rice University
123. Dr. Estelle Tarica, Latin American Jewish Studies and Holocaust Memory, University of California, Berkeley
124. Prof. Baki Tezcan, Department of History, University of California, Davis
125. Prof. Dr. Chris Tilly, Urban Planning, University of California, Los Angeles
126. Prof. Dr. Hanan Toukan, Middle Eastern Studies, Bard College Berlin
127. Prof. Barry Trachtenberg Rubin, Presidential Chair of Jewish History, Wake Forest University
128. Prof. Enzo Traverso, Professor in the Humanities, Romance Studies/History, Cornell University
129. Prof. Charles Tripp, Politics of the Middle East and North Africa, SOAS, University of London
130. Prof. Dr. phil Dr. rer. med. Peter Ullrich, Zentrum für Antisemitismusforschung, Technische Universität Berlin
131. Ana Velasco, Politikwissenschaft, Universität Bremen
132. Dr. René Wildangel, Geschichte Westasiens
133. Dr. Jan Wilkens, Internationale Beziehungen, insb. West Asien und Nordafrika (WANA), GIGA Hamburg
134. Prof. Dr. Aram Ziai, Fachgruppe Politikwissenschaft, Fachgebiet Entwicklungspolitik und Postkoloniale Studien, Universität Kassel
135. Prof. Dr. em. Wolfgang Zwickel, Altes Testament und Biblische Archäologie, Ev.-Theol. Fakultät, Johannes Gutenberg-Universität Mainz
136. G. Daniel Cohen, Professor of History, Rice University